

FDP Haushaltsrede 2019

Sehr geehrter Herr Dr. Risthaus,

sehr geehrte Damen und Herren,

wir konnten in den vergangenen Jahren eine positive wirtschaftliche Entwicklung in unserem Land erleben. Die Beschäftigung ist auf ein Allzeithoch gestiegen, die Arbeitslosenzahlen liegen auf einem historisch niedrigen Niveau. Viele Menschen haben ihre finanzielle Situation verbessern können. Diese tolle Entwicklung findet sich auch in unseren Haushaltszahlen durch gestiegene Steuereinnahmen wieder. Jedoch vermehren sich die Anzeichen einer konjunkturellen Eintrübung unserer Wirtschaftskraft. Die Prognosen für das Wirtschaftswachstum wurden zuletzt deutlich nach unten korrigiert. Den weiteren Verlauf kann niemand voraussagen. Diese Unsicherheit wird maßgeblich von der großpolitischen Wetterlage beeinflusst. Der von den USA maßgeblich vom Zaun gebrochene Handelskrieg, mit nahezu jeder bedeutenden Wirtschaftsmacht auf der Welt, führt zu einer Verunsicherung der Finanzmärkte. Die globalen Waren- und Finanzströme werden spürbar gestört. Diese Handelspolitik mit der Brechstange von Präsident Trump trifft exportorientierte Wirtschaftsnationen wie die unsere am meisten. Europainterne Probleme vor der eigenen Haustür wie der Brexit oder die ungelöste Flüchtlingsfrage mit den östlichen Nachbarn zeigen die Vielfalt an Aufgaben die es dringend zu lösen gilt. In Deutschland scheint es zuletzt en vogue zu sein, immer mehr Ausgaben für einzelne Bevölkerungsgruppen zu versprechen und sogar auf Kosten der jüngeren Generation zu beschließen. Vom Baukindergeld über die Mütterrente zu einem höheren Mindestlohn oder einer höheren Grundrente. Wo bleiben die Investitionen in die Zukunft wie die Digitalisierung mit einem leistungsstarken Mobilfunknetz oder Forschungsgelder für die Entwicklung von Künstlicher Intelligenz? Statt dessen werden Milliarden durch eine verfehlte Verteilungspolitik völlig unwirksam versenkt. Gerade jetzt ist es an der Zeit unser Land für die Zukunftsthemen fit zu machen und sich nicht bei unnützen Ausgabenideen zu überbieten.

Kommen wir zurück zu den Themen und Aufgaben die uns vor Ort beschäftigen. In Sachen Ansiedlung eines neuen Lebensmittelmarktes im Ortskern können wir mittlerweile von einer unendlichen Geschichte sprechen. Bereits in meiner letzten Haushaltsrede haben ich empfohlen die Wahl von Combi ernsthaft zu überdenken. Wir brauchen einen Neustart in diesem Auswahlverfahren und einen leistungsstarken sowie zukunftsicheren Partner an unserer Seite. So wie es momentan läuft kann es nicht weitergehen.

Die Windkraft wird uns wohl auf alle Ewigkeit verfolgen. Viele Bürger wie auch wir lehnen die geplante Windkraftzone direkt an der Grenze zu Ottmarsbocholt ab. Windräder in unmittelbarer Nachbarschaft zu Davensberg würden die Ausweisung von weiteren Baugebieten massiv einschränken und das Naherholungsgebiet Davert negativ beeinträchtigen. Nur Investoren, Profiteure und ideologieverblendete Kommunalpolitiker, die selber von einer direkten Nachbarschaft eines Riesenwindrades nicht betroffen sind, unterstützen lauthals diese Vorhaben.

Die Profilschule hat ihre Talsohle durchschritten und wird mit der Konzentration in Ascheberg sowie hohen Investitionen in die Ausstattung zukunftsicher gemacht. Wir werden damit dauerhaft das Angebot einer

weiterführenden Schule in unserem Ort haben.

Bei der Schaffung von Bauland laufen wir der Nachfrage immer noch hinterher. Die Ausweisung von neuen Baugebieten dauert nach wie vor zu lange und muss dringend beschleunigt werden. Keiner weiß wie lange die günstige Zinsphase für Bauwillige noch anhalten wird. Zwischenzeitlich sind die Grundstücke in Davensberg im Gebiet Hemmen alle vergeben mit dem Ergebnis, dass nicht alle Bewerber berücksichtigt werden konnten. Damit gibt es zur Zeit kein einziges Baugrundstück von der Gemeinde am Markt. Nicht in Davensberg und Ascheberg und schon lange nicht mehr in Herbern. Diese traurige Feststellung muss ich leider jedes Jahr wiederholen.

Tagesaktuelle Themen wie das Verkehrskonzept für die Sandstraße dürfen nicht unerwähnt bleiben. Hier müssen wir deutliche Kritik an der Aufgabenstellung üben. Warum wurden die sich verändernden Verkehrsströme durch den geplanten Lebensmittelmarkt komplett vergessen? Die Überlegungen einer Fußgängerzone mit Ausschluss des Durchgangsverkehrs halten wir für abwegig und nicht durchsetzbar. Der zu verabschiedene Haushalt sieht viele notwendige und richtige Investitionen vor. Aber dennoch gibt es genügend Ausgaben, die wir nicht unterstützen und verantworten können. So zum Beispiel die zusätzlichen Ausgaben rund um den Neubau der Aula in Herbern. Hier dürfen wir trotz Förderung mit Zusatzkosten von über einer Mio. € rechnen. Oder die Kosten für ein öffentliches WLAN-Netz in der Gemeinde mit 100 T€, die von der CDU durchgedrückt wurden. Gut gemeint aber schlecht gemacht und am Bedürfnis der Bürger vorbei. Mittlerweile verfügen viele Handynutzer über Tarife mit unbegrenztem Datenvolumen. Ich habe noch niemanden gehört, der als unbedingte Investition in Ascheberg ein kostenloses WLAN-Netz fordert. Vielmer sollten sich diese Investitionen auf die digitale Ausstattung in unseren Schulen konzentrieren. Der Etatentwurf sah im Ergebnishaushalt ein Minus von 15 T€ vor. Jetzt stehen wir bei einem Plus von 229 T€. Erst einmal eine positive Entwicklung. Was war genau passiert?

Neben den verbesserten Zahlen bei der Kreisumlage und der Jugendamtsumlage in Höhe von 70 T€ und die bisher nicht eingerechnete Zuweisung vom Land für die Inklusionsaufgaben in Höhe von 420 T€ kommt es nur zu einem Haushaltsüberschuss von 229 T€. Dank der ausgabefreudigen Kommunalpolitiker hält sich dieser Überschuss in Grenzen. Die auf Antrag der Politik beschlossenen Mehrausgaben belaufen sich auf über 180 T€. Frei nach dem Motto: Wenn wir mehr Geld zur Verfügung haben, dann geben wir es auch aus. Der jetzige Überschuss lässt die Frage aufkommen: Warum werden die Steuern nicht wie versprochen auf die Höhe aus dem Jahr 2014 gesenkt? Sie Herr Bürgermeister, haben damals vollmundig versprochen, die Steuern wieder auf die ursprüngliche Höhe zu senken, wenn es die Haushaltslage zulässt. Den Fall haben wir jetzt. Aber die Steuersätze wurden nur auf die fiktiven Hebesätze aus dem Jahr 2014 gesenkt. Eine klare Mogelpackung. Man achte auf den feinen Unterschied. Während damals die fiktiven Sätze bei der Gewerbesteuer bei 411 % lagen, sollen es jetzt 415 % sein. Bei der Grundsteuer A waren es 209 % jetzt 213 % und bei der Grundsteuer B 413 % jetzt 423%. In Summe ergibt sich ein höheres Steuerverlangen von ca. 158 T €. Bei einem geplanten Überschuss von 229 T € hätten diese alten Steuersätze immer noch zu einem positiven Betrag von 71 T€ im Haushalt geführt!

In den letzten Jahren haben sich die tatsächlichen Haushaltsergebnisse im Jahresabschluss immer deutlich verbessert. Das wird in diesem Jahr wahrscheinlich nicht anders sein. Auch weil versteckte Puffer eingebaut wurden wie z.B. bei der Abfallbeseitigung. Da es sich um Gebühren handelt, werden diese vollständig von den Bürgern getragen und sind deshalb ergebnisneutral. Im Haushalt sind jedoch -125 T€ angesetzt, die so nicht kommen werden. Fazit: Um diesen Betrag wird sich der Überschuss noch erhöhen.

Die Flüchtlinge in Ascheberg verursachen Gesamtkosten von über 1,7 Mio. €. Damit unterstützt eine 4-köpfige Familie diese Menschen mit 450 € im Jahr. Ein nicht unerheblicher Betrag. Mit den Zuwendungen von Bund und Land verbleibt immer noch eine Ergebnisverschlechterung im Haushalt von 662 T€! Darum ist es zur Erhaltung des sozialen Friedens extrem wichtig, dass diese Menschen so schnell wie möglich in Lohn und Brot kommen, damit sie ihren Lebensunterhalt selber verdienen können und nicht dauerhaft auf Kosten der Steuerzahler leben. Die Integration in den Arbeitsmarkt muss weiterhin eine hohe Priorität genießen.

Ein wesentlicher Kostenblock im Haushalt sind wie jedes Jahr die Personalkosten. Hierbei lohnt sich ein Blick in den Stellenplan. Die Anzahl der Beschäftigten ohne Auzubis hat sich zum Vorjahr um 3 Personen auf insgesamt 92 erhöht. Vor 5 Jahren waren es noch 81 Angestellte. Eine Steigerung von 13,6 %. Dieser Zuwachs darf in diesem Ausmaß nicht weitergehen, da die Einwohnerzahl nicht im gleichen Verhältnis mitgewachsen ist. In diesem Zeitraum beträgt der Zuwachs nur 270 Personen entsprechend 1,8 % auf aktuell 15.341 Einwohner.

Neben geringeren Steuersätzen gibt es weitere Möglichkeiten die Bürger zu entlasten. So fordern wir seit längerem die Berechnungsmethode bei den den Gebühren wie Abwasser wieder auf die tatsächlichen Herstellungskosten umzustellen und nicht den Wiederbeschaffungszeitwert anzusetzen. Auch die Anpassung der kalkulatorischen Zinsen von 5 % auf einen marktaktuellen Wert würde zu einer Entlastung führen.

Die Summe der aufgeführten Kritikpunkte führt dazu, dass die FDP den Haushalt in der jetzigen Form nicht mittragen wird.

Ich möchte mich im Namen der Freien Demokraten bei allen Mitwirkenden für Ihre Arbeit bedanken.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.